
Peter Gottstein

Israel und das Palästinenserproblem im Schatten des Golfkrieges

Peter Gottstein, geb. 1959 in München, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und des Arabischen in München, Bordeaux und Damaskus, war von 1988 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen. Seitdem ist er Referent im Bundesministerium für Forschung und Technologie.

Als der irakische Diktator Saddam Hussein im August 1990 das Emirat Kuwait besetzen ließ und als 19. Provinz dem Irak einverleibte, entfachte er seinen zweiten Krieg am Golf. Sein erster Angriff hatte dem Iran gegolten, dessen innere Instabilität im Gefolge der islamischen Revolution von 1979/80 er ausnutzen wollte. Sein Ziel war die Herrschaft über den Schar al-Arab und damit ein besserer Zugang des Iraks zum Persischen Golf. Es erforderte mehrere blutige Kriegsjahre und eine Million Tote auf beiden Seiten bis Hussein erkannte, daß er die iranische Widerstandskraft falsch eingeschätzt hatte. Husseins zweite Aggression war gegen Kuwait gerichtet und zielte auf den Ölreichtum des Landes und erneut auf einen Zugang zum Persischen Golf. Sein Opfer war diesmal, an Territorium und Bevölkerung gemessen, ein machtpolitischer Zwerg. Allerdings ein Zwerg, der sich diplomatisch durch die Mitgliedschaft im Golf-Kooperationsrat (mit Saudi-Arabien, Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten) und mehr noch durch beste, auf Wirt-

schaftskooperation beruhende Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und den übrigen Industrienationen des Westens abgesichert hatte. Hat Hussein das in sein Kalkül einbezogen? Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand hat er offensichtlich geglaubt, ausreichend politischen Sprengstoff zur Verfügung zu haben, um mit den Verbündeten Kuwaits fertig zu werden. Er setzte auf die Solidarität der verarmten und ohne Perspektive lebenden arabischen Massen, auf deren Antipathie gegen die schwerreichen Ölscheichs am Golf er sich verlassen konnte. Er erwarb sich ihre Unterstützung, indem er den Krieg (wenn auch nachträglich) unter das Motto „Erst Kuwait, dann die Heiligen Stätten und dann Palästina“ stellte. Er weckte damit Hoffnungen, daß er als neuer Saladin die Araber von ihren israelischen „Besatzern“ befreien und die Not des palästinensischen Volkes beenden werde.

Auch die nächtlichen Raketenangriffe auf Israel sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Sie sollten der arabischen Bevölkerung suggerieren, daß der Befreiungsschlag begonnen habe. Die Begeisterung der Massen sollte zusammen mit dem israelischen Gegenschlag in den arabischen Ländern ein Klima erzeugen, in dem die arabischen Regierungen keine Wahl hätten, als mit dem Irak gemeinsame Sache zu machen. Seine Aussichten dazu waren nicht schlecht, da die Verelendung der Bevölkerung in den meisten arabischen Ländern gerade in den letzten Jahren stark zugenommen hatte, und dort viele Menschen nach jahrzehntelanger Propaganda wohl auch glauben, daß die Wurzel ihres Übels in der Existenz Israels liege, ohne daß sie deshalb ihre Regierungen vom Vorwurf der Unfähigkeit freisprechen würden. Auf dieses Vabanque-Spiel hatte sich nur eine einzige arabische Regierung eingelassen — wenn man die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als solche bezeichnen kann. Inhaltlich hat diese zweite Golfkrise *keinen* Bezug zum Nahostkonflikt, unter dem heute in erster Linie die Auseinandersetzung zwischen Israel und dem palästinensischen Volk¹ und in zweiter Linie die mit seinen arabischen Nachbarstaaten zu verstehen ist. Er wurde erst von Hussein aus Opportunitätsgründen künstlich hergestellt. Seine Raketen sollten ihn im Bewußtsein der arabischen Massen glaubhaft machen.

Welche Auswirkungen der Krieg auf die Lage Israels und besonders auf das Palästinenserproblem haben wird, hängt natürlich zu einem guten Teil vom Ausgang dieses Krieges ab. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint jedoch die Annahme zulässig, daß von diesem Krieg keine radikale Veränderung der Strukturen, der Parteien oder Optionen für eine Lösung des Nahostkonflikts zu erwarten ist. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig zu fragen, welche Auswirkungen der Golfkrieg auf den Nahost-Konflikt, wie er sich noch am Vorabend des Krieges darstellte, und auf mögliche Ansätze einer friedlichen Lösung haben wird. Betrachten wir zunächst vier wesentliche Merkmale des israelisch-palästinensischen Konfliktes.

¹ Unter „das palästinensische Volk“ oder auch „die Palästinenser“ verstehe ich im Interesse begrifflicher Klarkeit sowohl die Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten Westjordanland und Gaza-Streifen als auch die in arabischen Ländern lebenden Flüchtlinge und deren Nachkommen sowie die im sonstigen Ausland lebenden Palästinenser.

Der Interessen- und Zielkonflikt zwischen PLO und Israel

Die Vorstellungen beider Seiten über eine Lösung schließen einander aus. Das gilt besonders für ihre ideologischen Maximalziele: zum einen die in der palästinensischen Nationalcharta verankerte und in einigen Palästinensergruppierungen, besonders bei den benachteiligten Gruppen herrschende Vorstellung, in ganz Palästina müsse ein arabisch geprägter Staat eingerichtet werden und zum anderen die vor allem im Likud, der führenden Partei in der israelischen Regierungskoalition, und den Parteien des rechten politischen Spektrums beheimatete, historisch-ideologisch begründete Konzeption eines jüdischen Staates auf dem gesamten Gebiet des biblischen Israel.²

Aber selbst die durch den notwendigen Kompromiß mit der Arbeitspartei etwas gemäßigte Linie der israelischen Koalitionsregierung bietet wenig Anhaltspunkte für eine Lösung, die die PLO akzeptieren könnte, zumal darin aus Sicherheitserwägungen vorgesehen ist, die militärische Kontrolle über ganz Palästina nicht aus der Hand zu geben. Die israelische Regierung möchte den Palästinensern bestenfalls einen Autonomiestatus zugestehen, der militärische oder außenpolitische Befugnisse ausschließt und der Israel einige Vorrechte, insbesondere die Verwaltung der Wasserquellen, vorbehält. Die PLO fordert dagegen einen palästinensischen Staat, dessen Souveränität allenfalls vorübergehend eingeschränkt werden dürfte. Eine permanente israelische Oberaufsicht oder nur eine völlige Demilitarisierung lehnt sie ab, weil sie ohne Armee ihre eigene Sicherheit und Selbständigkeit nicht gewährleistet sieht. Die Erfüllung dieser zunächst verständlichen Forderung würde in den Augen Israels jedoch ein unerträgliches Sicherheitsrisiko darstellen und gilt dort daher als tabu. Gleichermaßen unversöhnlich sind auch die kategorisch vertretenen Ansprüche beider Seiten auf Jerusalem als Hauptstadt des jeweiligen Staates. Israel hat seinen Anspruch allerdings schon 1967 verwirklichen können.

Fundamentale PLO-Interessen versus israelische Staatsziele

Der hier in aller Kürze geschilderte Antagonismus könnte bereits für sich eine ausreichende Erklärung für das zweite Merkmal des israelisch-palästinensischen Konflikts liefern: Israels Ablehnung der PLO als „Verhandlungsgegner“. Israelische Regierungen haben ihre Haltung bisher insbesondere mit dem Argument, die PLO sei eine Mörderbande und an keinem echten Frieden interessiert, begründet. Aber diese Erklärung befriedigt nicht: Bereits 1979 hat sich die israelische Regierung unter Menachem Begin, Mosche Dayan und Ezer Weizman auf langwierige Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Ägypten bereitgefunden, das bis dahin als Israels gefährlichster Feind betrachtet worden war. Zudem hat die israelische Regierung immer wieder betont, mit allen arabischen Staaten Verhandlungen aufnehmen zu wollen.

2 Zur Ideologie des Likud vgl. Nachum Orland, Die Cherut. Analyse einer rechtsorientierten israelischen Partei, München 1983.

Diese Bereitschaft erstreckt sich selbst auf das autoritäre, mit Israel um die

Wette rüstende syrische Regime Hafiz al-Assads und die blutige Diktatur des Irak. Sicherheitserwägungen oder moralische Skrupel scheiden also als Gründe für Israels Weigerung, die PLO als Verhandlungspartner anzuerkennen, aus. Warum verweigert Israel also Verhandlungen mit der PLO, obwohl das die wichtigste Vorbedingung der arabischen Seite für eine Anerkennung der Existenz Israels ist?

Mit ihren Positionen und Forderungen scheint die PLO auf Israel als eine Art politisches Allergen zu wirken, weil sie damit die Legitimität des jüdischen Staates in Zweifel zieht und sich in fundamentalen Widerspruch zu zentralen israelischen Vorstellungen stellt. In Israel gilt der Beschluß der Vereinten Nationen über die Teilung Palästinas vom 29. November 1947 und die spätere Anerkennung des jüdischen Staates durch die USA und die Sowjetunion nicht als konstitutiv, sondern nur als von großer Wichtigkeit. Auch die in Deutschland weitverbreitete Vorstellung, daß der Holocaust die Staatsgründung rechtfertige, wird von Israelis so nicht geteilt, weil für sie die *Legitimität* der Staatsgründung auch unabhängig vom Holocaust besteht. Schon den Staatsgründern unter Führung David Ben-Gurions war das natürliche und historische Recht, kraft dessen sie zu handeln glaubten, wichtiger.³

Diese Sicht ist heute wie damals von grundlegender Bedeutung für Israel. Das historische Recht der Juden auf Judäa, Samaria und sogar Galiläa - dem heutigen Territorium Israels einschließlich der besetzten Gebiete sowie Teilen des Südlibanons - wird mit der älteren israelischen Staatlichkeit aus der Region her begründet. Einem palästinensischen Nationalismus, wie ihn die PLO vertritt, wird dagegen jegliche Grundlage abgesprochen.⁴ Diese große Selbstverständlichkeit, mit der auch sozialistische Israelis vom „historischen Recht des Volkes von Israel auf sein Land“ sprechen,⁵ hat wohlgerne nichts mit der Selbstverständlichkeit gemein, mit der zum Beispiel das deutsche Volk und andere Völker auf die fest verwurzelte staatliche Existenz ihrer Länder schauen. Es ist die Besonderheit des in Israel vorherrschenden staatlichen Selbstverständnisses, im wesentlichen nicht auf der normativen Macht des Faktischen zu beruhen sondern auf einer höheren Legitimität, der gegenüber die Rechte der arabischen Bevölkerung als nachrangig gelten. Darauf gestützt erwartet Israel als Vorleistung zu einem Friedensprozeß die Anerkennung dieser Legitimität durch die arabischen Nachbarstaaten.

Es trägt zum Verständnis der Situation bei, den Begriff *Anerkennung* differenzierter zu betrachten: Unausgesprochen setzt Israel eine weitgefaßte Vorstellung von Anerkennung als Maßstab für sein Verhältnis zu den Arabern. Weder für die arabischen Staaten im allgemeinen,

3 Vgl. Friedrich Schreiber und Michael Wolffsohn: Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts, Opladen 1988, S. 128.

4 Vgl. Jitzhak Schamir: Israel at 40, in Foreign Affairs (FA) vol. 66.3, S. 576.

5 Interview des Verteidigungsministers Jitzhak Rabin mit Journal of Palestine Studies, Band 17 Nr. 3 (1988), S. 156.

noch für die Palästinenser im speziellen ist jedoch vorstellbar, ein *höheres* Anrecht der Juden auf Palästina, auf Eretz Israel, anzuerkennen. Schließlich können sie der immerhin

zweitausend Jahre lang unterbrochenen jüdischen Staatstradition ihre jahrhundertalte kontinuierliche Besiedlung des Landes entgegenstellen. Und heilig ist das Land nicht nur den Juden (und Christen), sondern auch den Muslimen, für die der Felsendom und die al-Aqsa-Moschee in Jerusalem die wichtigsten heiligen Stätten außerhalb von Mekka und Medina sind. Die Araber können folglich historische und naturrechtliche Ansprüche auf Palästina anmelden, die der unvoreingenommene Betrachter wohl als den israelischen ebenbürtig anerkennen muß. Die darauf fußende arabische Haltung schließt wohlgerne eine Anerkennung Israels im engeren Sinne durchaus nicht aus, wie sich beispielhaft an den Beziehungen Israels mit dritten Staaten und nicht zuletzt mit Ägypten zeigt. Die hier gemeinte Form der Anerkennung beugt sich zum einen der normativen Kraft des Faktischen. Auf die Palästinenser und anderen Araber übertragen hieße das zuzugeben, daß der jüdische Staat existiert und in über vierzig Jahren zu fest verankert und zu weit entwickelt worden ist, als daß er noch beseitigt werden könnte. Zum anderen könnte eine solche Anerkennung Israels auch das arabische Eingeständnis ausdrücken, daß es heute in Palästina auch ein jüdisches Volk mit einem inzwischen authentischen Recht, dort zu leben, gibt. Dafür brauchten die Araber ihre eigenen Ansprüche nicht aufzugeben, die als ein - nunmehr moralisches - Recht fortbestehen würden. Im Zuge einer wirtschaftlich ohnehin notwendigen Verflechtung zwischen dem Staat Israel und seinen palästinensischen, syrischen, jordanischen und ägyptischen Nachbarn würden sie allmählich de facto verwirklicht und verlören ihre politische Brisanz.

Die PLO widerspricht noch in einem weiteren Punkt fundamentalen israelischen Ansichten und Interessen: Sie fordert die Begrenzung der jüdischen Einwanderung nach Palästina und verbindet damit die Vorstellung, ein Teil der Einwanderer müsse wieder ausgewiesen werden. Die im vergangenen Jahr von der Öffnung der Sowjetunion ausgelöste neue Masseneinwanderung sowjetischer Juden hat dieser Forderung in den Augen der Palästinenser erneut hohe Dringlichkeit verliehen, da der geplante *Zuzug* von Hunderttausenden von Menschen die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten der palästinensischen Bevölkerung in vieler Hinsicht massiv beeinträchtigen wird. Für Israel sind dagegen die unbehinderte jüdische Einwanderung und die „Sammlung des zerstreuten Volkes“ oberste Staatsziele. Das große Leid, das jüdischen Flüchtlingen auch nach Kriegsende 1945 bei der Flucht nach Palästina, aber auch in andere Ländern zugefügt wurde,⁶ belegt für Israelis jeglicher politischer Couleur noch heute deren besondere Bedeutung und schließt Verhandlungen über das Recht auf Einwanderung kategorisch aus. Ausbrüche von Antisemitismus in der Sowjetunion, in Frankreich und in Deutschland, die gerade seit der Öffnung des Ostblocks wieder zunehmen, bestätigen Israel in dieser Haltung.

6 Vgl. Nicholas Bethell: *The Palestine Triangle*, London 1979. Eine eindringliche persönliche Schilderung etwa

Die Selbstverpflichtung, allen Juden eine sichere Heimat zu bieten, weist auf das außerordentliche israelische Sicherheitsbedürfnis hin, an dem keine Analyse Israels vorbeigehen darf. In seinem Kern steht heute eine Perzeption fortwährender existentieller Bedrohung durch die arabischen Nachbarn. Diesen fällt es dagegen wegen der wiederholten militärischen Erfolge Israels gegen ihre Streitkräfte, wegen des israelischen Friedensvertrags mit Ägypten, dem volkreichsten arabischen Land, und wegen des strategischen Bündnisses Israels mit den USA schwer, dem jüdischen Staat ein Sicherheitsdefizit zuzubilligen. Dennoch ist die Wahrnehmung einer existentiellen Bedrohung israelische Realität.

Eine Untersuchung der israelischen Entscheidungsprozesse in den Krisen-Situationen der Kriege von 1967 und 1973 kommt etwa zu dem Ergebnis, daß 1967 unter den damaligen Entscheidungsträgern das „Holocaust-Syndrom“, also konkrete Ängste vor einer drohenden Wiederholung eines Völkermordes an den Juden, wirksam waren und artikuliert wurden. Auch während des sechs Jahre späteren Oktober-Krieges gab es Hinweise, daß die militärischen Anfangserfolge der ägyptischen Armee bei den Israelis akute Ängste wachgerufen haben.⁷ Später, im Juni 1981, begründete der damalige Ministerpräsident Begin die Zerstörung des irakischen Atomreaktors Osirak durch einen Luftangriff im Juni 1981 mit der Notwendigkeit, einen drohenden neuen Holocaust beziehungsweise eine existentielle Bedrohung der israelischen Nation abzuwehren. Der iranisch-irakische Krieg brachte für Israel eine Phase relativer Ruhe, weil das Aggressionspotential der arabischen Welt weitgehend gebunden war, so daß die Politiker Israels die Erinnerung an den Holocaust deutlich seltener beschworen haben. Heute haben dagegen der Krieg um Kuwait, die irakischen Raketenangriffe auf Israel, die ungeheuerlichen Drohungen Saddam Husseins und die neuerliche Popularität von Hetzreden gegen „die Juden“ auch in Ländern, die wie Jordanien als gemäßigt gelten, das alte Trauma wiedererweckt. Die Belastungen gerade auch des deutsch-israelischen Verhältnisses im Zusammenhang mit der Golfkrise haben das deutlich gemacht.

Legitimität und Recht auf Selbstverteidigung

Neben den konkurrierenden Interessen und der komplizierten psychologischen Tiefendimension spielt die völlig unterschiedliche *Bewertung* des Konfliktes und der konkurrierenden Ansprüche durch das jüdische Volk auf der einen und das palästinensische Volk auf der anderen Seite, eine wichtige Rolle. Sie stellen das dritte Merkmal des palästinensisch-israelischen Konflikts dar, das im Rahmen dieses Aufsatzes betrachtet werden soll. Wer den israelischen Staat und die jüdische Besiedlung Palästinas als unzweifelhaft legitim ansieht, verurteilt jeden bewaffneten Widerstand dagegen als kriminell. Zudem hat sich der bewaffnete Widerstand der Palästinenser gerade in den Jahren bis zum Oktoberkrieg 1973 zum Teil solcher Formen der Gewalt

7 Vgl. Aranon Neustadt, *Israels zweite Generation. Auschwitz als Vermächtnis*, Berlin 1987, S. 33.

bedient, daß bis zu diesem Zeitpunkt nicht nur Israel, sondern die ganze westliche Welt vom kriminellen Charakter der PLO überzeugt war. In Israel ist diese Sicht noch immer vorherrschend: Auch heute besteht dort eine Tendenz, die PLO für jede Gewalttat gegen Israelis verantwortlich zu machen, gleich ob extremistische Gruppen außerhalb oder unkontrollierbare Minderheiten innerhalb der PLO dahinterstecken.

Die Vorstellung von Verhandlungen mit dieser „Verbrecherorganisation“ lehnen die Parteien des rechten Spektrums grundsätzlich ab, auch innerhalb der linken Parteien wagen es nur die kleinsten und radikalsten, offen für Verhandlungen mit der PLO einzutreten. Die Arbeitspartei war in dieser Frage in den letzten Jahren gespalten. Der frühere Verteidigungsminister Rabin galt als Fokus jener, die die PLO als nicht verhandlungswürdig ansahen. Parteichef Peres galt dagegen vielen Israelis als unsicherer Kantonist, weil er sich gelegentlich dahingehend geäußert hatte, mit jenen Palästinensern reden zu wollen, die der Gewalt abgeschworen und sich auf eine friedliche Lösung des Konflikts verpflichtet hätten.⁸ Einige wenige, wie der ehemalige Minister Ezer Weizman oder Jossi Beilin, bekundeten öffentlich die Notwendigkeit, sich auf Gespräche mit der PLO einzulassen. Bezeichnenderweise lag nicht einmal der Haltung der kompromißbereiteren Kreise Israels, soweit es sich nicht um vorwiegend von Arabern geprägte Parteien handelte, so etwas wie Vertrauen in die PLO zugrunde, sondern die Einschätzung, daß die PLO politisch nicht mehr umgangen werden könne und folglich Verhandlungen mit ihr unvermeidbar seien. Diese Voraussetzungen haben sich durch den Golf-Krieg weiter verschlechtert: Als bezeichnend mag gelten, daß der israelische Oppositionsführer Shimon Peres die PLO heute wieder pauschal für „Anordnungen zum internationalen Terror“ verantwortlich macht und sie damit in aller Deutlichkeit disqualifiziert.⁹

Die PLO beansprucht für sich, die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes zu sein. In diesem Anspruch kann sie sich nach allen verfügbaren Informationen auf die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der Palästinenser stützen.¹⁰ Die PLO hält Schläge gegen israelische Interessen unter Berufung auf das in der Charta der Vereinten Nationen festgelegte Recht auf nationale Selbstverteidigung für legitim. Allerdings distanziert sich die Organisation seit 1974 von Gewaltaktionen mit eindeutig kriminellem Charakter und beschränkt ihren Kampf erklärtermaßen auf Israel und die besetzten Gebiete.¹¹

Ihre Ablehnung terroristischer Gewaltakte hat die PLO nach Ausbruch des Krieges um Kuwait erneuert. Man sollte das nicht unterbewerten. Unter den

8 Vgl. Interview mit S. Peres, in: International Herald Tribune vom 26. 9.1988.

9 Vgl. Interview mit S. Peres, in: Die Welt, 2.2.1991.

10 Vgl. die Umfrage der Ostjerusalem Zeitung al-Fajr unter der Bevölkerung der besetzten Gebiete, veröffentlicht in Washington am 8. 9.1986, nach Journal of Palestine Studies Band 16 Nr. 2 (1986/87), S. 196-207; Jassir Arafat selbst verfügt als Präsident des Exekutivkomitees der Organisation beziehungsweise als Präsident der Exilregierung über eine sichere Mehrheit im Palästinensischen Nationalrat.

11 Diese Position wurde erstmals 1974 offiziell von der PLO bekanntgegeben und unter anderem 1985 durch den Zentralrat der PLO bestätigt; vgl. Journal of Palestine Studies, Band 15 Nr. 3 (Frühjahr 1986) S. 200 f.

Israelis ist allerdings die Bereitschaft, in der Haltung der PLO zur Terrorismus-Frage Positivs zu finden, verständlicherweise nie sehr groß gewesen. Sie wird weiter schwinden, je länger und blutiger der Krieg und je brutaler die Terroranschläge pro-irakischer Banden werden.

Die von der Mehrheit der israelischen Parteien immer wieder gestellte Forderung, die Palästinenser sollten sich zum völligen Gewaltverzicht bereit erklären, kann die PLO aber nicht akzeptieren. Dies gilt gerade auch in Bezug auf die *Intifada*, die palästinensische Volkserhebung, deren Beendigung die israelische Regierung immer zur Vorbedingung für Verhandlungen mit einer Palästinenservertretung, wohl gemerkt nicht mit der PLO, gemacht hat. Diese Haltung der Israelis ist zwar aus vielen Gründen verständlich, widerspricht aber dem erwähnten palästinensischen Widerstandsrecht. Zudem konnte eine solche Vorleistung in den Augen der palästinensischen Führung kaum als annehmbar erscheinen, solange die Intifada die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit genoß und auch innerpalästinensisch als Erfolg gewertet wurde.¹² Auch jetzt, nach dem Golf-Krieg, gibt es wegen der angespannten Stimmung in der palästinensischen Bevölkerung keine reale Chance für eine förmliche Beendigung des Aufstandes, während auf der israelischen Seite das Thema von Verhandlungen ebenfalls kaum Chancen besitzen dürfte. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß nach dem Schulterluß der PLO mit dem irakischen Diktator der Kreis der Israelis, die sich mit der PLO als potentiellern Verhandlungspartner abfinden würden, beträchtlich geschrumpft ist. Weil selbst wichtige Befürworter einer politischen Rolle der PLO in einem Nahost-Friedensprozeß, wie Frankreich, heute wegen der PLO-Unterstützung für Irak ihre Position zu überdenken scheinen,¹³ rückt eine Verhandlung über den Nahost-Konflikt auch aus diesem Grund in weitere Ferne als je zuvor seit Ausbruch der Intifada.

Die „innenpolitischen“ Zwänge Israels und der PLO

Im Vergleich zu der oben geschilderten Problematik des israelisch-palästinensischen Konflikts mag die nun folgende vierte Charakteristik des Nahost-Konflikts auf den ersten Blick nachrangig erscheinen. Dennoch darf im Rahmen einer Betrachtung wie dieser der Hinweis auf die außenpolitischen Entscheidungsspielräume der beiden Seiten nicht fehlen. Es ist kennzeichnend für die Situation, daß der außenpolitische Spielraum beider Kontrahenten aus *innenpolitischen* Gründen stark eingeschränkt ist.

Betrachten wir zunächst Israel. Dort regiert seit 1984 in verschiedenen Auflagen eine große Koalition zwischen dem nationalliberalen Likud und der sozialistischen Arbeitspartei, deren Regierungsprogramme jeweils mühsam über viele Wochen ausgehandelt werden mußten. Im

12 Vgl. Alexander Flores, *Intifada, Aufstand der Palästinenser*, Berlin 1988 sowie Friedrich Schreiber, *Aufstand der Palästinenser. Die Intifada*, Opladen 1990.

13 Vgl. *Le Monde*, 30.1.1991.

Ergebnis kam stets nur ein Minimalkonsens zwischen den beiden konträren Partnern zustande. Für

die Palästina-Politik reichte es in der Folge immer nur zu den drei „Neins“: kein Palästinenserstaat, keine Verhandlungen mit der PLO, keine Veränderung des Status quo. Die PLO war auf der anderen Seite ebenfalls zu mühsamen Manövern verdammt, um ihrerseits so unterschiedliche Gruppierungen wie die marxistische PFLP und die islamischen Fundamentalisten um die „bürgerliche“ Mehrheitsfraktion von Arafats „al-Fatah“ zu scharen. Die Notwendigkeit, sich gleichzeitig mit einer Reihe arabischer Staaten, in denen ein Teil des palästinensischen Volkes und wichtige Einrichtungen der PLO Gastrecht genießen, zu arrangieren, kompliziert die Situation für die PLO zusätzlich. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe läßt sich daran ermessen, daß das Spektrum der Gaststaaten von den konservativen, mit dem Westen kooperierenden Monarchien Kuwaits und Jordaniens über die Diktaturen Syriens und Iraks bis hin zum sozialistischen Algerien reicht. Daß diese Staaten ihr Verhalten gegenüber der PLO häufig ganz unideologisch auf der Grundlage ihrer einzelstaatlichen Interessen definieren, erleichtert die Aufgabe der PLO nicht. Die hier nur skizzierten Zwänge auf beiden Seiten haben ihr Teil dazu beigetragen, daß unter den vergleichsweise günstigen Umständen Mitte der achtziger Jahre eine zumindest reale Chance auf Fortschritt in Richtung auf eine friedliche Konfliktlösung vertan wurde.¹⁴

Die enge Beziehung der PLO-Führung zum Irak ist darüber hinaus wenig geeignet, den außenpolitischen Spielraum der PLO zu bewahren oder gar zu erweitern. Denn Iraks Diktator verlangt unbedingte Gefolgschaft und setzt sie in seinem Machtbereich skrupellos durch. Meines Erachtens hat die PLO dies bereits zu spüren bekommen und einen ersten Preis für ihre Umarmung durch den Irak zahlen müssen: Die am 15. Januar 1991 von einem Leibwächter ermordeten Spitzenfunktionäre der PLO dürften wohl kaum Opfer einer bloßen innerpalästinensischen Fehde geworden sein. Vielmehr gibt es Anzeichen, daß Saddam Hussein sie wegen ihrer mangelnden Begeisterung für die irakische Eroberung Kuwaits beseitigen ließ¹⁵

Die Konsequenzen der Golfkrise für den palästinensisch-israelischen Konflikt

Soweit sich dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt abschätzen läßt, dürften sich die Vorstellungen Israels und der PLO über die Modalitäten einer Verhandlungslösung trotz des Krieges nicht grundsätzlich geändert haben. Die Probleme bleiben jedenfalls die gleichen, und es wird wohl eine Tendenz zur Verhärtung geben. Ähnliches muß für den Kriegseinfluß auf die psychologische Dimension des Konflikts gesagt werden. Der Jubel der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten gerade auch über den Raketenterrorismus gegen Israel und ihre spürbare Radikalisierung versetzt Hoffnungen auf ein vertrauensvolles Zusammenleben der beiden Bevölkerungen

14 Vgl. hierzu Peter Gottstein: Die PLO-Dimension israelischer Außenpolitik gegenüber Ägypten, Jordanien und Marokko, in: Außenpolitik 3/1989, S. 303-316.

15 Es handelt sich um Arafats Stellvertreter Salah Chalaf und den Sicherheitschef der PLO, Hajil Abdel Hamid. Der Mörder war erst wenige Monate zuvor aus Bagdad gekommen, nachdem er sich angeblich von der dort residierenden Terrororganisation Abu Nidais, einem Renegaten der PLO, losgesagt hatte. Die Organisation wird vom irakischen Regime getragen und benutzt.

einen schweren Schlag, der bestehende Vorurteile bestärkt, Traumata wiedererweckt und eine neue Generation von Israelis gegen die Palästinenser einnimmt. Die in der gemeinsam erlebten Gefahr gewachsene Solidarität zwischen jüdischen und arabischen Staatsbürgern Israels¹⁶ dürfte den hier angerichteten Schaden kaum ausgleichen können. Wenn nach diesem Krieg die Solidarisierung gegen den äußeren Feind abklingt, wird auch die jetzt vielleicht überdeckte innenpolitische Zwangslage der beiden gegnerischen Parteien wieder zutage treten. Eine Änderung könnte es zudem auf der israelischen Seite durch die Masseneinwanderung von Juden aus der Sowjetunion geben, die Bewegung in das Machtverhältnis zwischen den Parteien bringt. Da wahrscheinlich eher der Likud als die Arbeitspartei und ihre Verbündeten im linken Spektrum Nutznießer dieser Entwicklung sein wird, sollte daraus aber kein positiver Impuls für eine Konfliktlösung erwartet werden.

Die israelische Bereitschaft zu Kompromissen gegenüber palästinensischen Forderungen wird auf ein Mindestmaß sinken. Wie immer letztlich auch die Lösungen im einzelnen aussehen werden, eines scheint schon jetzt klar zu sein: Die in allen israelischen Konzepten vorgesehenen Übergangsphasen auf dem Weg palästinensischer Autonomie oder Eigenstaatlichkeit werden sehr viel länger sein müssen als bisher geplant, weil nach diesem Krieg das nötige Mindestmaß an Vertrauen zwischen den beiden Völkern noch langsamer wachsen wird als zuvor. Die Chance, die das Ende des Kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion für den Nahost-Konflikt bot, wurde verspielt. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern droht, das 20. Jahrhundert zu überdauern und so lange eine adäquate Entwicklung des Nahen Ostens zu verhindern.

16 Vgl. Le Monde, 29.1.1991.